

32
77

Union in Deutschland

Bonn, den 22. September 1977

Gefordert ist jetzt Solidarität im Handeln

Die Diskussion über die Bekämpfung des Terrorismus und seines geistig marxistisch-anarchistischen Umfeldes droht eine merkwürdige und bedenkliche Wendung zu nehmen. Vielfach wird schon wieder nach dem Motto verfahren: Nicht die Mörder sind schuld, sondern die Ermordeten. Die Angriffe gelten immer weniger den Terroristen, aber immer mehr denjenigen, die über Ursache und Wirkungen des Terrorismus, vor allem aber über mögliche Gegenmaßnahmen nachdenken.

Dies stellte Helmut Kohl zur gegenwärtigen Diskussion über den Terrorismus fest und fährt fort: Bundeskanzler Schmidt glaubt vor „Ordnungshysterie“ und „Zwangsstaat“ warnen zu müssen. Der SPD-Vorsitzende Brandt warnt vor „skandalösen Verdächtigungen“ gegenüber der „kritischen Intelligenz“, deren demokratische Gesinnung niemand in Zweifel zieht, wenn sie nicht persönlich dazu Anlaß gegeben haben. Auch der DGB-Vorsit-

Weiter auf Seite 2

■ TERRORISTEN

Die Linke strickt an einer neuen Legende: Nun sollen die Terroristen Faschisten sein

Seite 5

■ STEUERN

Die CDU/CSU setzt sich nach wie vor für die Abschaffung der ungerechten progressiven Besteuerung ein

Seite 7

■ FRIDERICH'S

Der Rücktritt des Bundeswirtschaftsministers wird von großen Teilen der Presse als Kapitulation vor den linken Flügeln in SPD und FDP angesehen

Seite 11

■ PARTEITAG

Auf dem niedersächsischen Parteitag in Emden erklärte Minister Hasselmann, die CDU nehme die Sorgen der Bürger sehr ernst

Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Vorbereitung für die Herbstaktion auf vollen Touren

Seite 15

■ U*Id*-EXTRA:

Das geistige Umfeld des Terrorismus

gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Soziale — statt sozialistische Wirtschaftspolitik

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

zende Vetter will da nicht nachstehen und warnte seinerseits vor „fragwürdiger und reaktionärer Demagogie“.

Ich warne davor, schnell und leichtfertig alle diejenigen der antidemokratischen Gesinnung und des politischen Extremismus zu verdächtigen, die aus Sorge um unseren Staat entschlossen sind, alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und verfassungsmäßigen Mittel gegen den Terrorismus auszuschöpfen.

In drei Jahrzehnten hat sich unser demokratischer Rechtsstaat bewährt. In drei Jahrzehnten hatte der Radikalismus weder von rechts noch von links jemals eine Chance. Die überwältigende Mehrheit unserer Bürger braucht ihre demokratische Gesinnung von niemanden in Frage stellen zu lassen. Sie hat sie erst bei der letzten Wahl am 3. Oktober 1976 unter Beweis gestellt. Sie haben unser aller Vertrauen in ihr rechtsstaatliches Empfinden und nicht regierungsamtliches Mißtrauen verdient.

Und wenn heute die Überlegungen wuchern, wie den Terroristen am besten das Handwerk zu legen sei, und wenn dabei auch unüberlegte Äußerungen und Überspitzungen laut werden, dann doch nur deshalb, weil unsere Bürger zu Recht das Gefühl haben, daß der Reden genug gehalten worden sind. Sie wollen, daß die Regierung handelt. Sie wollen die Solidarität der politisch Verantwortlichen im Handeln.

Und manche, die jetzt glauben, vor Auswucherungen warnen und unsere Bürger zur Vernunft aufrufen zu müssen, sollten sich vielmehr fragen, ob sie nicht selbst durch ihr jahrelanges Treibenlassen und Verharmlosen des Terrorismus die Ursache für diese von ihnen jetzt angeprangerten Erscheinungen sind.

Vor dem Deutschen Bundestag hatte Helmut Kohl am 15. September u. a. folgendes erklärt:

Wir, die CDU/CSU, bekennen uns in der Bekämpfung des Terrorismus zu unserer Verantwortung. Wir sind entschlossen, unsere demokratische Pflicht zu erfüllen, so, wie es uns das Grundgesetz auferlegt. Seine sittlichen Werte sind Richtschnur unseres Handelns.

Aber ich füge hinzu: Die Solidarität der Demokraten darf sich nicht in Worten erschöpfen, sie darf auch nicht immer nur von Terroranschlag zu Terroranschlag, von Mord zu Mord beschworen werden.

Gefordert ist jetzt die Solidarität im Handeln!

Ich appelliere deshalb an Sie alle: Treffen wir gemeinsam und so rasch wie möglich die notwendigen Entscheidungen. Das erwarten von uns die Bürger.

Wer sich dieser Notwendigkeit noch länger verschließt, muß wissen, daß dadurch nicht nur die eine oder andere Partei in diesem Hause Schaden leidet. Schaden erleidet vor allem unser Staat, Schaden erleidet die Überzeugung unserer Bürger, daß dieser Staat handlungsunfähig ist, daß dieser Staat die Kraft und den Willen hat, sich der Herausforderung der Terroristen zu stellen und sich zu wehren.

In dieser Bedrohung muß sich die Autorität des Staates als eine lebenssichernde und friedensstiftende Kraft erweisen.

Die CDU/CSU hat wichtige Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der inneren

■ INFORMATION

CDU in der Offensive

Auf einer zentralen Mitarbeiterkonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus haben am 20. September 1977 rund 250 Geschäftsführer und hauptamtlich Tätige die Leitlinien der Parteiarbeit nach der Sommerpause diskutiert. Auf der Konferenz erklärte Helmut Kohl, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner werde in den nächsten Monaten betont offensiv geführt werden.

Die innenpolitische Lage sei überschattet von der Entführung von Hanns Martin Schleyer und dem Mord an seinen Begleitern am 5. September in Köln. Angesichts dieser Situation werde die CDU das Thema „Innere Sicherheit“ zu einem Schwerpunkt ihrer innenpolitischen Arbeit in der nächsten Zeit ma-

chen. Helmut Kohl kündigte eine Versammlungswelle an, um der Bevölkerung die entstandene Lage und die von der Union vorgelegten konkreten Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit zu erläutern. Innerhalb und außerhalb des Parlaments werde die Union dieses Thema klar und ungeschminkt zur Sprache bringen.

Generalsekretär Heiner Geißler kündigte auf der Konferenz an, daß er in den nächsten Wochen alle Landesverbände besuchen werde, die im nächsten Jahr Wahlkämpfe zu bestreiten hätten. Geißler betonte, daß die Landtagswahlen nicht nur als regionale oder lokale Angelegenheit, sondern auch als Herausforderung an die Regierungskoalition in Bonn zu verstehen seien. Der Wähler habe erstmals Gelegenheit, der Bundesregierung die Quittung für ihre verfehlte Politik nach der Bundestagswahl im Herbst 1976 zu geben. In diesem Zusammenhang bekräftigte der Generalsekretär die Absicht der Bun-

Sicherheit eingebracht, weitere werden in Kürze folgen. Die außergewöhnliche Bedrohung erfordert dies.

Herr Bundeskanzler, wir haben heute mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Sie jetzt „offen und bereit“ sind, unsere Vorschläge zu erörtern. Daran werden wir Sie erinnern.

Jedermann wird verstehen, warum wir vereinbart haben, darüber heute im einzelnen nicht zu debattieren.

Aber wir müssen um unseres Staates willen bald schonungslos über Ursachen und Wirkungen des Terrorismus sprechen und notwendige Gegenmaßnahmen treffen. Aber schon jetzt appelliere ich an alle, die bisher glaubten, es mit fehlgeleiteten Idealisten zu tun zu haben, welche nur die falschen Mittel gewählt hätten:

■ **Ziehen Sie sofort und endgültig einen klaren Trennungsstrich. Für Mord, Terror und Gewalt gibt es kein Verständnis, keine Rechtfertigung, keine Entschuldigung. Haben Sie den Mut zur Umkehr.**

Alle Bürger fordere ich auf, durch ihr persönliches Engagement unsere Freiheit vor Terror zu schützen. Es gilt, unserer Polizei zu helfen und die Staatsorgane zu unterstützen, damit sie ihre Pflicht erfüllen können.

Wir alle müssen unsere Pflicht tun.

despartei, sich auch im laufenden Kommunalwahlkampf in Niedersachsen stark zu engagieren.

Noch schlechtere Chancen für Hochschulabsolventen

Zu den Chancen der Hochschulabsolventen im Beruf und zu den Vorschlägen von Betroffenen, durch Solidaraktionen zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst zu schaffen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anton Pfeifer, MdB, daß in jüngster Zeit der Deutsche Lehrerverband sowie 80 Berliner Hochschullehrer angeboten hätten, durch Gehaltsverzicht bzw. Verzicht auf Gehaltserhöhungen einen Beitrag zur Sicherung der Berufschancen für die nachrückende Generation zu leisten. Diese Vorschläge seien deshalb besonders beachtenswert, weil sie davon ausgingen, daß der jungen Generation über den Weg der Solidarität zwischen den Generationen geholfen werden müsse, ihre Zukunftschancen zu sichern.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Bundesregierung in einer Dokumentation vorgerechnet, daß in den nächsten zwei Jahrzehnten 1,3 bis 2,2 Mill. junge Hochschulabsolventen ohne eine entsprechende Kurskorrektur im Bildungswesen und Beschäftigungssystem keine Chance auf einen Beruf haben, der ihren Vorstellungen entspricht.

Volksfront in der Kölner Studentengemeinde

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Köln hat der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Köln, Aktionsgemeinschaften mit kommunistischen, linksextremistischen, anarchistischen und terroristischen Organisationen nachgewiesen. Unter anderem arbeitet die ESG Köln mit dem SB (Sozia-

listisches Büro), KB (Kommunistischer Bund), KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands), der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), der DKP (Deutsche Kommunistische Partei Deutschlands) zusammen. Aber auch ausländische terroristische Organisationen wie z. B. die CISNU (Konföderation Iranischer Studenten — National Union) sind ständige Bündnispartner der ESG Köln.

Der EAK der CDU Köln beklagt, daß die ESG Köln sich ausschließlich im links-extremistischen Spektrum tummelt und nicht für alle evangelischen Studenten offen ist; denn Mitglied im Mitarbeiterkreis der ESG Köln kann nur der werden, der sich schriftlich zu den Zielen der „Arbeiterbewegung, Studentenbewegung und Befreiungsbewegung“ bekennt.

Der Vorsitzende des EAK der CDU Köln, Lutz Bergemann, hat den Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Lic. Karl Immer, erneut aufgefordert, die beiden Kölner Studentenpfarrer Schmidt und Jankowski von ihrem Amt zu suspendieren. Aber die Landeskirche hüllt sich in Schweigen.

Aufruf zu einem freien Europa

Die Einigung Europas in Freiheit und auf der Grundlage christlichen Gedankenguts haben Helmut Kohl und Franz Josef Strauß als die historische Aufgabe unserer Zeit hervorgehoben. Auf dem Europaforum des Bistums Augsburg in Ottobeuren wandten sich die beiden Politiker entschieden gegen jeden Totalitarismus. Zu dem vom Augsburger katholischen Bischof Josef Stimpfle veranstalteten Europaforum waren kirchliche Würdenträger und christlich-demokratische Politiker aus zahlreichen europäischen Ländern nach Ottobeuren gekommen.

■ TERRORISTEN

Eine neue Legende: Nun sollen es Faschisten sein

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat sich mal wieder auf seine Weise um Deutschland „verdient“ gemacht, indem er versucht, den Ruf unserer Landsleute im Ausland als unverbesserliche Nazis am Leben zu erhalten. „Terrorismus hat nichts mit links zu tun“, schrieb er am 13. September 1977 in der „Hamburger Morgenpost“, „die Gewalttäter von heute stehen mit den Zerstörern der Weimarer Republik auf einer Stufe.“ Und da nicht sein kann, was nicht sein darf, schließt er messerscharf: „Den Faschismus, den sie angeblich bekämpfen, würden sie buchstäblich herbeischießen, wenn sie es könnten.“

In einer von Brandt inspirierten Erklärung des SPD-Präsidiums vom 13. 9. 1977 in Bonn heißt es laut „Frankfurter Rundschau“, die terroristischen Mörder seien „nicht zu unrecht als späte Kinder Hitlers bezeichnet worden“. Der linksaußen stehende Schriftsteller Engelmann erklärte dem „Welt“-Mitarbeiter Matthias Walden, wie dieser am 16. 9. berichtete, die Entführer und Mörder des organisierten Terrors seien Faschisten. Warum? Walden kommentiert: „Weil sie morden. Wer politisch motiviert mordet, muß nach dieser (und Willy Brandts d. Red.) Lesart als Faschist gelten. Von links kann und darf so etwas nicht ausgegangen sein.“

Das Echo aus dem Ausland kam prompt. Kommentare über einen angeblich anwachsenden Rechtsradikalismus mehrten sich. Die Kappler-Flucht, der Hitler-Film und die Veröffentlichungen über angebliche Tagebuchaufzeichnungen von Goebbels sowie die Heydrich-Story galten als Beweise. In Frankreich ließ man den geflüchteten Terroristenanwalt Croissant, der doch angeblich unter Haftbefehl steht, im staatlichen Fernsehen erklären, in der Bundesrepublik Deutschland herrsche verkappter Faschismus, gegen den nur noch die Waffe der Gewalt bliebe.

Der linke Schriftsteller Jean Genet rechtfertigte in „Le Monde“ die Gewalt der Terroristen, und andere französische Blätter versuchten das Entstehen des Terrorismus mit dem „Rechtsrutsch der gesamten Gesellschaft, der Ablehnung von Reformen, dem Radikalenerlaß“ und ähnlichem zu erklären.

Die nach Willy Brandts Äußerungen erst so richtig in Gang gekommene deutschfeindliche Kampagne gipfelte darin, daß — einem Bericht von dem gerade aus den USA zurückgekehrten rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel zufolge („Kölnische Rundschau“ vom 12. 9.) — Henry Ford II. eine für diese Tage in der Bundesrepublik anberaumte Konferenz seiner Manager wegen des Risikos hiezulande nach England verlegte und seiner Sorge Ausdruck gab, ob Deutschland überhaupt noch als zuverlässiger und stabi-

ler Partner im wirtschaftlichen und politischen Leben angesehen werden können.

Die deutsche Öffentlichkeit setzte sich ziemlich einstimmig zur Wehr. Sie verwies auf das Umfeld geistigen Sympathisantentums zum Terrorismus, das ausschließlich links in der politischen Landschaft liegt. Die „FAZ“ ließ Heinrich Köppler zu Worte kommen (19. 9. 1977): „Wenn führende Sozialdemokraten heute sagen, die Verbrecher... kämen aus gutbürgerlichen Kreisen, und es handele sich sozusagen um ‚Hitlers Kinder‘, die aus der Wohlstandsgesellschaft nach rechts ausgebrochen seien, muß man den Ursachen nachgehen. Aus gutbürgerlichen Kreisen sind alle Revolutionäre, bei Lenin und Stalin angefangen... Bei den derzeitigen Terroristen handelt es sich in Wahrheit um irreführende... Verbrecher, die aus der linken Szene ausgebrochen sind und nirgendwo anders her.“

Die „Kölnische Rundschau“ schreibt u. a. am 14. 9. 1977: „Dabei darf aber... nicht vergessen werden, wie gleichgültig sich die SPD-Fraktion im Bundestag gegenüber den Sympathisanten und Terroristen gezeigt hat.“ „Die Welt“ am 16. 9. 1977: „Nur etwas mehr als fünf Jahre ist es her, daß Heinrich Böll in einem Schweizer Blatt Ulrike Meinhof eine ‚marxistisch fundierte Denkweise‘ attestierte. Und linke — nicht rechte — Journalisten waren es, die Jahr um Jahr die Wegweisung des Terrors ins Verderben mit motivforschenden Rechtfertigungsversuchen dekorierten.“

In einigen Kreisen des Auslands blieb dies nicht ohne Eindruck, freilich nicht überall. Das Französische Fernsehen aber brachte Tage nach dem umstrittenen Croissant-Interview eine um Objektivität bemühte einstündige Sendung „Deutschland von heute“, wo der Straß-

burger Politologie-Professor Alfred Grosser, Staatssekretär Paul Frank (Bundespräsidialamt), ein Vertreter von IG-Metall und der Leiter des Pariser Goethe-Instituts, von Bieberstein, zu Worte kamen. Auch der österreichische Bundeskanzler und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, Bruno Kreisky, korrigierte öffentlich Willy Brandt, indem er in bezug auf die Nazi-Verdächtigungen zu „Bild“ (15. 9. 1977) sagte: „Ich halte diese Vorwürfe für falsch. Nicht der innere Zustand der Bundesrepublik, sondern das Phänomen des Terrorismus gibt Anlaß zur Sorge.“

Der in Berlin lebende, aus der CSSR exilierte Publizist und Schachgroßmeister Ludek Pachmann erhielt in einem offenen Brief an „Le Monde“ schließlich gewisse Hintergründe: „Es ist kein Zufall, wenn gerade die Bundesrepublik Deutschland durch den verbrecherischen Banditismus am schwersten getroffen wird. Gerade in diesem Lande findet der marxistisch gefärbte Totalitarismus keine soziale Grundlage. Die abscheulichen Verbrechen sind das letzte Mittel der Weltrevolution im freien Teil Deutschlands.“

Der frühere CDU-Parteisprecher und jetzige MdB Willi Weiskirch wies in die gleiche Richtung, als er in der „Aachener Volkszeitung“ feststellte, „daß der deutsche Terrorismus von linken Kräften bereits als politisches Mittel einkalkuliert und eingesetzt wird“. Carl G. Ströhm fragt am 17. 9. 1977 in der „Welt“, „ob es zwischen der bundesdeutschen Terrorszene und gewissen Interessen der Sowjetunion und der DDR nicht doch Verbindungen gibt“, und verweist auf die DDR-Gelder für die linksradikale Postille „Konkret“ und die Terroristen-Ausbildungslager in den sowjetfreundlichen Staaten Libyen und Jemen.

■ STEUERN / FINANZEN

Progressive Besteuerung muß abgebaut werden

Zu den finanzpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung (Haushalt 1978, Finanzplan bis 1981) und dem von der SPD/FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Steuerentlastung und Investitionsförderung, erklärte der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Franz Josef Strauß: Durch monatelange Erörterungen und eine Flut widersprüchlicher Erklärungen und Ankündigungen hat die Regierungskoalition eine totale Unsicherheit über ihre finanzpolitischen Absichten herbeigeführt. Das war Gift für Konjunktur und Arbeitsmarkt.

Seit August wurde von Spitzenpolitikern der FDP die Anwendung des Stabilitätsgesetzes für notwendig gehalten. Durchgesetzt haben sich aber wieder einmal die Abgeordneten in SPD und FDP, die der leistungs- und investitionsfeindlichen Gleichmacherei das Wort reden und das Heil in immer mehr Staatsausgaben suchen.

Mit der Erhöhung des Grundfreibetrages — monatliche Entlastung 18,70 DM für Verheiratete / 9,35 DM für Ledige ohne Rücksicht auf die Gesamtsteuerlast — wird die von allen Parteien für notwendig erachtete Tarifreform des Einkommensteuergesetzes, die auf einen Abbau der progressiven Besteuerung gerade der unteren und mittleren Einkommen zielt, in entscheidendem Maße behindert.

Seit Jahren haben die CDU/CSU-Fraktion und auch Vertreter der Regierungskoalition betont, daß die hohe progressive Besteuerung in den unteren und mittleren Einkommensbereichen zu einer unsozialen Besteuerung von nominalen Einkommenszuwächsen und damit zu einer Bestrafung des Leistungswillens führt.

Der von der CDU-CSU-Fraktion vorgeschlagene Steuerabschlag nach dem Stabilitätsgesetz würde diese Tarifreform einleiten und die Möglichkeit geben, im Anschluß daran einen durchgehenden progressiven Steuertarif in Kraft treten zu lassen.

Die zweistellige Ausgabensteigerung des Haushalts 1978 ist in der gegenwärtigen Lage falsch. Sie verhindert die notwendige massive Steuerentlastung.

Die Lösung der Finanzprobleme sowohl des Staates wie der Sozialversicherung werden erneut in die Zukunft verschoben. Das muß die bestehenden Unsicherheiten in Wirtschaft und Bevölkerung verstärken.

Verletzung des Ministereides

Zu der Distanzierung von Bundeswirtschaftsminister Friderichs von den amtlichen Zielprojektionen der Bundesregierung für 1977 erklärt der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der Fraktion, Werner Dollinger: „Nach dem Sachverständigenrat distanziert sich jetzt auch der noch amtierende Bundeswirtschaftsminister von den

konjunkturellen Zielvorstellungen der Bundesregierung für 1977 und den von der Bundesregierung soeben vorgelegten konjunkturpolitischen Maßnahmen. Wenn Pressemitteilungen zutreffen, daß Herr Friderichs 'die amtlichen Zielprojektionen von Anfang an für unerfüllbar gehalten habe', so zeugt dies nicht nur von einem Mangel an Zivilcourage, sondern bedeutet auch eine Verletzung

seines Ministereids, von der Bundesrepublik Schaden abzuhalten. Denn auf Grund dieser bewußt in die Welt gesetzten falschen Daten wurden unter anderem die Tarifpartner in die Irre geleitet und schlossen Lohnvereinbarungen ab, von denen wir heute alle wissen, daß sie nicht nur zu hoch waren, sondern daß sie auch zu weiterer Arbeitslosigkeit beigetragen haben."

Konjunkturabschlag — unsozial?

Kanzler und Finanzminister nennen in öffentlichen Erklärungen und Debatten den von der Union vorgeschlagenen Konjunkturabschlag unsozial. Hierauf ist zu fragen und zu erwidern, stellt MdB Manfred Lagner fest.

1. Sieht das von Karl Schiller gewünschte und von Alex Möller kommentierte Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft mit dem Konjunkturabschlag eine unsoziale Maßnahme vor?

2. Ist es sozial, ausschließlich mittlere und höhere Einkommen mit der Ergänzungsabgabe zu belasten, Steuersenkungen aber nur so zu gestalten, daß die progressive höhere Belastung unberücksichtigt bleibt?

3. Das Argument, wer nur 1 000,— DM Steuern zahlt, spare bei einem 10%igen Abschlag nur 100,— DM, wer 100 000,— DM Steuern zahlt, aber 10 000,— DM, erkennt, daß der eine nur mit 22 % Steuersatz, der andere aber mit einem Satz von bis zu 56 % ohnehin schon belastet ist.

4. Fiskalische Argumente kann man nur gegen die Höhe des Abschlags erwägen, nicht gegen eine prozentuale Steuersenkung überhaupt, denn die ganz Reichen, von denen es nur wenige gibt, bringen trotz Progression nur einen Bruchteil der Steuereinnahmen auf.

5. Sozialpsychologisch ist der Vorwurf des unsozialen Konjunkturabschlags ebenfalls nicht zu begründen. Steuerpsychologische Untersuchungen haben ergeben, daß sich kleinere und mittlere Einkommensbezieher gar nicht vorstellen können, mit den angewandten Höchstsätzen besteuert zu werden, selbst wenn ihr Einkommen noch so hoch wäre.

6. Die These des unsozialen Konjunkturabschlags verkennt, daß Ende 1977 fast 60 % der Steuerbürger in die Progressionszone hineinwachsen.

7. Die These des unsozialen Konjunkturabschlags verkennt weiterhin, daß durch kalte Progression seit 1965 etwa 60 Milliarden DM heimliche Steuermehreinnahmen ohne Tarifänderung abgeschöpft wurden und gerade Einkommensbezieher zwischen 20 000,— DM und 100 000,— DM (Grundtarif) hierbei übermäßig geschöpft wurden.

Neben konjunkturellen sprechen also unwiderlegbare Argumente der Steuergerechtigkeit für eine lineare Steuersenkung in großer Einkommensbreite. Die Union ist gut beraten, diese Politik mit allen parlamentarischen und publizistischen Mitteln konsequent fortzusetzen.

■ KOALITION

Schon zwei Monate später . . .

Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts zur Sicherung der Liquidität der gesetzlichen Rentenversicherung weist Hans Katzer darauf hin, daß es erst zwei Monate her ist, daß Arbeitsminister Ehrenberg versprach: „Für die soziale Sicherheit in unserem Lande ist der 1. Juli 1977 ein markantes Datum. Durch die an diesem Tage in Kraft getretenen Sozialgesetze . . . wurde das bewährte Netz der sozialen Sicherung gefestigt, Schwachstellen wurden beseitigt und notwendige Fäden zu seiner Konsolidierung und Stabilisierung eingezogen.“ Jedermann mußte da glauben, daß die durch Arbeitslosigkeit und Wachstumsverluste schwer angeschlagene soziale Sicherung gefestigt sei.

Nun hat das Bundeskabinett mit seinen Beschlüssen zur Rentenversicherung klargestellt, daß dies nicht der Fall ist, im Gegenteil. Die Bundesregierung sieht sich zu Nachbesserungen gezwungen. Vor kurzem noch mußte die Rentenversicherung dem Bund zinslose Milliardenbeträge stunden; jetzt will der Finanzminister noch mehr Schulden machen, um die Sozialversicherung zahlungsfähig zu erhalten (vgl. auch Zitate Seite 16).

Ministerium für Pannen und Genossen

Die Schwierigkeiten mit dem laufenden Investitionsförderungsprogramm haben, wie die „Deutsche Zeitung“ berichtet, die Grenzen der Schlagkraft des Staatsapparates bloßgelegt. Erfahrene Ministeriale in Bonn, welche die

schwerfällige Funktionsweise des Verwaltungsapparates aus der Praxis kennen, hätten das voraussehen und die verantwortlichen Politiker warnen müssen. Nur, inzwischen sind in Bonn in der Ministerialbürokratie durch Genossenwirtschaft eine ganze Reihe von jungen Machern ans Ruder gekommen, die nicht von der Pike auf gedient haben und wie ihre Chefs die Möglichkeiten des Staatsapparates bei weitem überschätzen.

Das gilt vor allem für das von Hans Apel geleitete Finanzministerium. Apel scheint den Ehrgeiz zu haben, vom Staatssekretär bis zur Klofrau hinunter alles auf die gleiche Wellenlänge zu schalten. Wer im Haus der Staatskasse an der Bonner Rheindorfer Straße Karriere machen will, muß zur SPD-Seilschaft gehören. Sonst erklimmt er kaum noch Referentenebenen — von Höherem ganz zu schweigen. Inzwischen sind fünf von acht Abteilungsleitersesseln mit Genossen besetzt. Auf der Unterabteilungsleiterebene sieht es ähnlich aus. Selbst nach 20 Jahren Unionsherrschaft hatten 1969 unter Franz Josef Strauß von sechs Abteilungsleitern nur zwei ein schwarzes Parteibuch in der Tasche.

Kernspaltung bei der SPD hält an

Der Ausbau von Atomkraftwerken bleibt innerhalb der SPD heftig umstritten. Das wurde bei sechs regionalen Parteitagen deutlich, auf denen die Sozialdemokraten die Entscheidung ihres Hamburger Bundesparteitages über die Kernenergie im November vorbereiteten. Die vier Bezirke westliches Westfalen, Niederrhein, Hamburg und Franken sprachen sich für einen Ausbau der Atomenergie unter bestimmten Voraus-

setzungen aus. Die SPD-Bezirke Hessen Süd und Berlin forderten dagegen, vorläufig keine weiteren Kernenergieanlagen zu genehmigen oder zu bauen.

An Schmidt vorbei

Partei Vorstand und Bundestagsfraktion der SPD sollen, wie die FAZ vom 12. September meldet, die Sozialistische Partei Frankreichs im Wahlkampf des nächsten Jahres unterstützen und so eine Regierung unter Mitterrand herbeiführen helfen. Das haben die Frankfurter Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag beschlossen. Der Bundestagsabgeordnete Voigt wies auf die Wichtigkeit dieses Beschlusses hin, da keineswegs sicher sei, daß sich Bundeskanzler Schmidt mit den französischen Sozialisten solidarisch erklären würde.

Hessischer Landesbeamter als Terroristen-Verteidiger

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat es als einen „handfesten Skandal und eine Verhöhnung der Steuerzahler im Lande“ bezeichnet, daß ein hessischer Landesbeamter gleichzeitig als Anwalt vor politischen Terroristen auftritt. Der justizpolitische Sprecher der Opposition, Friedrich Bohl (Marburg), wies in einer Anfrage an die hessische Landesregierung auf Pressemeldungen hin, wonach der Inhaber einer Professur an der Technischen Hochschule in Darmstadt, Axel Azzola, sich vom Kultusminister vorübergehend beurlauben lassen wolle, um Angehörige aus der Terroristen-Szene zu verteidigen. Bereits im Stuttgarter Baader-Meinhof-Prozeß sei Azzola als Wahlverteidiger eingetreten. Bohl weist darauf hin, daß in der Oppositionsfraktion überdies erheblich Zweifel an der Qua-

lifikation Azzolas bestünden, weil er für die „totale Negation des Bürgertums einschließlich seines Rechts“ eintrete. Azzola habe nach den Bestimmungen des hessischen Universitätsgesetzes eine Professur in Darmstadt erhalten, ohne die entsprechenden juristischen Examina überhaupt abgelegt zu haben, was „besonders signifikant für die in Hessen an Wissenschaftler gestellten Anforderungen“ sei.

Nato-feindliche SPD-Winkelzüge

Die Bestandsentwicklung bei den Soldaten mit zweijähriger Verpflichtungszeit ist stark rückläufig. Bereits im Dezember 1976 hat der Bundesminister der Verteidigung den Bundeskanzler schriftlich darauf hingewiesen, daß das Fehlen an solchen Zeitsoldaten zu einer besorgniserregenden Entwicklung in der Bundeswehr führen müsse. Um dem zu begegnen, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Juli 1977 den Entwurf eines Besoldungsänderungsgesetzes eingebracht, der bei Soldaten, die sich für eine Dienstzeit von mindestens zwei Jahren verpflichtet haben, einen Anspruch auf Besoldung mit der Ernennung zum Soldaten auf Zeit vorsieht.

Dieser Entwurf wurde offenbar aus parteipolitisch bestimmten Gründen durch die Koalitionsmehrheit von der Tagesordnung des Deutschen Bundestages abgesetzt. Die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, daß die Absetzung ihres Gesetzentwurfes schwerwiegende Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und — bei anhaltender Tendenz — geradezu existenzbedrohende Wirkungen haben kann.

■ SO SIEHT ES DIE PRESSE

Friderichs Kapitulation

Wie nicht anders zu erwarten war, wird von der FDP jetzt der Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Friderichs heruntergespielt. Alle diese Behauptungen sind unglaublich unwürdig. Schon seit längerer Zeit war Friderichs Position in der Bundesregierung isoliert. Seine Vorschläge zur Finanz- und Wirtschaftspolitik stießen auf immer heftigeren Widerstand in den Koalitionsparteien. Als auch noch sein energiepolitisches Programm in seiner eigenen Partei blockiert wurde, blieb ihm gar nichts anderes übrig, als zurückzutreten.

Dazu einige Pressestimmen:

Just als der Nachweis zu liefern gewesen wäre, mehr zu sein als nur ein Schönwetterminister, tauschte Hans Friderichs seinen unwitterten Platz in der Politik mit einem schön dotierten Posten in einer zwar nicht heilen, immerhin aber doch reichen Welt.

Westfälische Rundschau, 10. 9. 1977

Es gibt nur eine einzige Erklärung: Der eingeschworene Marktwirtschaftler Friderichs will nicht mehr das verantworten, was in den letzten Monaten in die Regierungspolitik mit dem Trend zu mehr Lenkungswirtschaft und zu weniger Marktwirtschaft eingedrungen ist. Ihm paßt die neue Richtung nicht. Da er sie nicht ändern kann, tut er das, was ein Ehrenmann in solcher Situation tut: Er reicht seine Demission ein.

Frankfurter Neue Presse, 10. 9. 1977

Der Mann, der vor Jahren Professor Maihofer vom Platz des stellvertretenden Vorsitzenden verdrängt hatte, geriet unter immer stärkeren Beschuß der jungen Bundestagsabgeordneten, namentlich der Hamburgerin Helga Schuchardt, die weder mit seiner Energiepolitik noch mit seinem unternehmerfreundlichen Standpunkt übereinstimmten.

Abendpost/Nachtausgabe, 10. 9. 1977

Daß er die Politik verläßt, um sich finanziell zu verbessern, kann ihm nicht übelgenommen werden. Das ist seine private Entscheidung. Die Verlockung war zu groß. Aber es macht dennoch keinen guten Eindruck, die Arbeit gerade dann hinzuwerfen, wenn sie anfängt schwierig zu werden. Vielleicht hat er sich in letzter Zeit auch eingestanden, mit seinem Latein am Ende gewesen zu sein.

Westdeutsche Allgemeine, 10. 9. 1977

Zwar bestreitet Friderichs, die Meinungsunterschiede in der FDP über den Kurs der Wirtschaftspolitik seien Ursachen für seinen Entschluß gewesen. Tatsache ist jedoch, daß der liberale Marktwirtschaftler immer mehr unter den Druck linker Ideologen aus den eigenen Parteireihen geraten war.

Neue Rheinzeitung, 10. 9. 1977

Helmut Schmidt und die sozial-liberale Koalition sollten sich nach dem Weggang von Friderichs zunächst einmal fragen, wie es kommt, daß immer wieder qualifizierte Fachleute wie Alex Möller, Karl Schiller und nun Hans Fri-

derichs abspringen. Denn dies hat doch etwas zu bedeuten, zumal alle drei aus den Bereichen Finanzen und Wirtschaft stammen.

Stuttgarter Nachrichten, 10. 9. 1977

Friderichs mußte befürchten, daß er beim FDP-Parteitag Anfang November in Kiel mit seinen Vorstellungen unterliegen würde oder Kompromisse schlie-

Ben müßte, die er eigentlich nicht mehr vertreten kann. Wenn dieser Prozeß sich fortgesetzt hätte, so wäre das Ansehen Friderichs in der Öffentlichkeit Stück für Stück abgebröckelt. Am Ende wäre er nur noch die marktwirtschaftliche Galionsfigur am Bug eines Schiffes gewesen, das längst von anderen auf anderem Kurs gesteuert wird.

Rheinische Post, 10. 9. 1977

Bereits der sechste Rücktritt

Mit einem Ausscheiden von Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs hat zum sechsten Mal seit Bestehen der SPD/FDP-Regierung ein Regierungsmitglied sein Amt aufgegeben.

13. Mai 1971 Alex Möller (SPD) tritt als Bundesfinanzminister zurück. Zur Begründung erklärt er, er wolle nicht als „Inflationsminister“ in die Geschichte eingehen. Sein Ressort wird von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller übernommen.

27. Januar 1972 Hans Leussink (parteilos) tritt als Minister für Bildung und Wissenschaft zurück. Beobachter bezeichnen ihn als Opfer der übersteigerten Hoffnungen, die 1969 in das Bildungsreformprogramm der sozial-liberalen Koalition gesetzt worden waren. Klaus von Dohnanyi (SPD) wird sein Nachfolger.

7. Juli 1972 Karl Schiller (SPD) tritt als Bundeswirtschafts- und Finanzminister zurück. Er begründet seinen Rücktritt mit Meinungsverschiedenheiten über die Steuerreform, der Konfrontation in der Haushalts- und Finanzpolitik und der „für mich unerwarteten Zuspitzung“ in der Währungspolitik. Helmut Schmidt (SPD) wird Nachfolger Schillers.

6. Mai 1974 Willy Brandt (SPD) tritt als Bundeskanzler zurück und begründet diesen Schritt mit der Erklärung: „Ich übernehme die politische Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffäre Guillaume“. Neuer Bundeskanzler wird Helmut Schmidt (SPD).

4. Juli 1974 Erhard Eppler (SPD) tritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zurück. In seiner dreiseitigen Rücktrittsbegründung heißt es, er könne es nicht mitverantworten, daß die Bundesrepublik ihre Finanzplanung für Entwicklungshilfe bis 1978 um mehr als zwei Milliarden Mark kürze. Nachfolger Epplers wird Egon Bahr (SPD).

9. September 1977 Hans Friderichs (FDP) teilt seine Absicht mit, zum Jahresende sein Amt als Bundeswirtschaftsminister niederzulegen und in den Vorstand der Dresdner Bank einzutreten. Voraussichtlicher Nachfolger wird Otto Graf Lambsdorff.

★

Walter Arendt ist zwar nicht zurückgetreten, aber nach dem Rentenbetrug nach der Bundestagswahl 1976 resignierte er bzw. wurde er gegangen, d. h. nicht mehr für das zweite Kabinett Schmidt nominiert.

■ PARTEITAG NIEDERSACHSEN

Sorge der Bürger ernst nehmen

Vor allem unter dem Eindruck der jüngsten Terroristen-Morde und der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer stand am 10. September der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen. Die drei Hauptredner, der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, Minister Wilfried Hasselmann, der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und der Gastredner Kurt H. Biedenkopf, der für die verunglückte rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien kurzfristig eingesprungen war, rechneten klar und eindeutig mit dem Terrorismus und ganz besonders mit der sogenannten Sympathisantenszene ab.

Der Parteitag in der Emdener Nordseehalle, wo die Flaggen auf Veranlassung des Landesvorsitzenden Hasselmann auf halbmast gesetzt waren, begann mit einem Gedenken für die ermordeten Begleiter von Schleyer und ihre Familien sowie für den Entführten und seine Angehörigen. In seinem Bericht an den Landesparteitag nahm der Landesvorsitzende Hasselmann u. a. auch zur Parteien- und Staatsverdrossenheit unter den Bürgern Stellung. Er sagte:

„Wir können an mancher Umfrage sehen, daß die Parteien in der Bundesrepublik in den letzten Monaten nicht beliebter geworden sind. Unter den Wählern sammelt sich ein Unzufriedenheitspotential an, das wir sorgfältig be-

obachten müssen und nicht verniedlichen dürfen. Für diese Unzufriedenheit gibt es manche Gründe, die in der Sache liegen, so etwa in der Arbeitslosigkeit oder in der konjunkturellen Entwicklung. Ich habe aber das Gefühl, daß hier auch anderes mitspielt. Mancher Wähler hat den Eindruck, daß die Parteien nicht mehr vor allem in seinem Dienst stehen, sondern sich zum Selbstzweck machen. Ich meine, wir sollten diese Strömungen sehr ernst nehmen.“ Hasselmann verteidigte erneut die Koalition mit der FDP und stellte fest: „Wir beanspruchen nicht, daß unsere Koalition mit der FDP von anderen als Exportartikel betrachtet wird. Aber ich meine, daß wir dann auch eines beanspruchen können, man sollte nicht in diese Koalition hineinreden, ohne mit uns geredet zu haben.“

Ministerpräsident Ernst Albrecht widmete seine Rede besonders der Abrechnung mit den Terroristen und ihren Sympathisanten. Er sagte: „Ich kann zur Ehre der Union sagen, daß wir es waren, die seit Jahren gewarnt haben, daß wir in manchen Phasen unserer Geschichte geradezu Rufer in der Wüste gewesen sind, während auf der anderen Seite die Anfänge des Terrorismus verharmlost wurden.“

Neben den Grundsatzreden standen 35 Anträge auf der Tagesordnung, zwei Drittel davon hatten die Schulpolitik zum Thema. Ein Antrag schließlich verlangte die Änderung des NDR-Staatsvertrages.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

„Wir wollen Europa“ — Materialien zur europäischen Direktwahl



Aus dem Inhalt der Europa-Broschüre:

- Beiträge von Helmut Kohl, Heiner Geißler, Kai Uwe von Hassel und Egon Klepsch
- Die Entschließung des CDU-Bundesausschusses für Europa
- Warum die europäische Direktwahl?
- Die Europäische Volkspartei (EVP)
- Der Vertrag zur Direktwahl vom 20. September 1976
- Wie würden sich die Deutschen in der Direktwahl heute entscheiden?
- Das deutsche Wahlgesetz zur Direktwahl

- Wie wird Berlin vertreten sein?
 - Materialien zur internationalen Zusammenarbeit der Christdemokraten
 - Wichtige Adressen
- usw.

Preis: 40,— DM pro 100 Exemplare
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 3782

Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst

In der neuen Broschüre aus der Reihe „Zum Thema“ werden Fragen, die den Zugang von Kommunisten und anderen Extremisten von links und rechts zum öffentlichen Dienst betreffen, beantwortet.

Wichtige Kapitel:

- Politische Treuepflicht für Beamte
- Bekämpfung des Rechtsradikalismus
- Vordringen der Linksradiكالen
- SPD und FDP gegen den Ministerpräsidentenbeschluß (von 1972)
- Bundesregierung: Vollstreckerin der SPD- und FDP-Parteitagebschlüsse
- Klare Haltung der Union
- Die Schlagworte von den angeblichen „Berufsverboten“ und der „Gesinnungsschnüffelei“
- Praxis anderer westeuropäischer Länder usw.

Preis: 26,— DM pro 100 Exemplare
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 5781

**Bestellung bitte ausschließlich an
IS-Versandzentrum, Postfach 66 66
4830 Gütersloh 1, Telex 9 33 753 iserv d**

■ PARTEIARBEIT

Vorbereitung für Herbstaktion läuft auf vollen Touren

Nach den guten Erfolgen in der ersten Jahreshälfte mit den Selbstdarstellungen der CDU-Verbände, laufen die Vorbereitungen für die Herbst-Aktionen auf vollen Touren. Die „Woche der CDU“ findet in Hunderten von CDU-Verbänden in den Monaten September/Okttober und zum Teil auch im November statt. In den Bundesländern, in denen im kommenden Jahr Wahlen stattfinden, wird die Aktion eine „Generalprobe“ zum Wahlkampf.

Mehr über die Aktionen finden Sie in den UID-Ausgaben 3/77, 13/77, 21/77 und 28/77.

Erneut bitten wir die Verbände, uns ihre Programme zuzusenden. Sie werden für Auswertungen und Erfahrungsaustausch dringend benötigt.

**Zusendungen bitte an die
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. ÖA „Woche der CDU“
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn**

Aktion „Schaukasten '77“

Seit geraumer Zeit erweist sich die CDU-Wandzeitung als ein besonders wirksames Mittel der politischen Auseinandersetzung. Durch sie kann die örtliche CDU weiteste Kreise der Bevölkerung erreichen und ansprechen. Außer der Wandzeitung sind es die Informa-

tionen und Mitteilungen der örtlichen CDU-Verbände, die den Inhalt eines CDU-Schaukastens bilden.

Mit der Aktion „Schaukasten '77“ wurden im Mai 1977 die Verbände aufgefordert, sich Schaukästen anzulegen, um ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. (Siehe UID 18/77.)

Allein durch die hier angegebene Bezugsquelle haben sich in diesem Jahr über 200 CDU-Verbände neue Schaukästen angeschafft.

Noch immer gibt es aber CDU-Verbände, die ohne Schaufenster oder Schaukasten arbeiten. Sie alle sollen durch die noch immer laufende Aktion „Schaukasten '77“ angesprochen werden:

Jeder CDU-Verband muß Schaukästen haben!

SR-Schaukästen

Einen günstigen Preis und gute Qualität bieten — laut Auskunft der CDU-Verbände — SR-Schaukästen.

Für Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte mit dem Vermerk „CDU-Aktion Schaukasten '77“ direkt an den Hersteller:

**SR-Technik
Nickold KG
Solinger Straße 21
5672 Leichlingen
Telefon (021 75) 36 66**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Auf Arendts Spuren

Jetzt fängt Arbeitsminister Ehrenberg an, auf Arendts Spuren zu wandeln. Er gibt auf die Frage, was aus der Rentenversicherung wird und was die Beitragszahler und Rentner zu erwarten haben, verschiedene Antworten.

Vor ein paar Tagen hieß es noch, mit den Finanzen der Rentenversicherung gäbe es keine Schwierigkeiten. Auch von einer Erhöhung der Beitragslast war keine Rede. Seit gestern hält der Minister die Einführung eines Beitrags der Rentner zur Krankenkasse für möglich. Außerdem überlegt er, wie er die Weihnachtsgratifikationen der Arbeitnehmer, bisher auf einen Freibetrag von lächerlichen 100 DM steuerpflichtig, aber nicht zusätzlich mit Beitragsforderungen der Sozialversicherung belastet, heranziehen kann.

Man muß sich das einmal vorstellen: Die Bundesregierung beschließt gerade, die Steuerzahler mit einer Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages zu entlasten, da kommt der Arbeitsminister da-

her, um die Entlastung durch zusätzliche Beiträge zur Sozialversicherung rückgängig zu machen. Ehrenberg hätte lieber den Mund gehalten.

Arnold Gehlen in der Neuen Rhein Zeitung, 16. September 1977.

★

In die Freude der Rentner über die Rentenerhöhung mischt sich die Sorge, ob sie in Zukunft ihren Lebensstandard werden halten können; denn die Leistungsfähigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ist abermals ins Gerede gekommen. Um eine Deckungslücke von mehr als 80 Milliarden Mark bis 1981 wenigstens auf dem Papier schließen zu können, hatte Ehrenberg auf einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit gesetzt ... Die Folge: ein neues Milliardenloch. 2,4 Milliarden Mark fehlen bis Ende 1978, und bis 1981 werden es nach den korrigierten Schätzungen sogar rund 9 Milliarden zu wenig sein. Warum rechnete der Minister Ehrenberg nicht vorsichtiger? Schließlich warnten ihn zahlreiche Experten vor zu großem Optimismus.

Rudolf Kolb, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, im Deutschen Fernsehen, 15. September 1977.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD